

Verlag und Redaktion: 1000 Berlin 31, Pfalzburger Straße 20 · Telefon: 86 21 89 · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Diese Publikation erscheint im Verlag der EXTRA-Dienst GmbH Westberlin · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00; Ausland monatlich DM 6,00; Luftpostbelieferung Ausland monatlich DM 6,00 zuzüglich geltender Luftpostzuschlag · Bankverbindungen: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin Konto 4712 und Postscheckkonto Berlin-West Konto 85 21 · Redaktionen setzen sich wegen Nachdrucken oder sonstiger Auswertung mit dem Verlag in Verbindung.

11. Dezember 1968 - 99/11  
Einzelpreis DM 0.75

IN DIESER AUSGABE:

AFFÄRE TEGEL: GEFANGENE ZUM SELBSTMORD GETRIEBEN? (SEITE 4) - FU-PROFESSOR BEUTET SEINE SCHÜLER AUS (SEITE 5) - HARTMUT LANGE: WARUM ICH DEN HAUPTMANN-PREIS DOCH ANNAHM (SEITE 7) - RC-DISKUSSION: ZUR FRAGE VON DEMONSTRATION UND GEWALT (SEITE 9)

SONNABEND, 14 UHR: KAMPFDEMONSTRATION IN WESTBERLINS CITY

Zahlreiche Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition Westberlins haben bei einer Koordinationssitzung im Republikanischen Club am Montagabend zu einer Kampfdemonstration aufgerufen, die am kommenden Sonnabend, ab 14 Uhr, durch die Straßen der City ziehen soll. Der Freispruch für den Freisler-Gehilfen Rehse ist Anlaß dieser Demonstration. In einer eingehenden Diskussion schälte sich jedoch die übereinstimmende Meinung heraus, daß die Demonstration sich nicht isoliert gegen das Rehse-Urteil richten könne: dieses Urteil steht nicht vereinzelt, es ist systembedingt und charakteristisch für die derzeitige Justiz als Teil des gesellschaftlichen Herrschaftsapparates.

Die Demonstration geht auf eine Anregung des neugegründeten Jüdischen Aktionskreises zurück, der auch als Veranstalter dem Senat gegenüber auftreten wird. Die Diskussion erbrachte als Marschroute: Steinplatz (Mahnmal der Opfer des Faschismus) - Tauentzienstraße - Martin-Luther-Straße - Schöneberger Rathaus. Die Schlußkundgebung soll auf dem Kennedy-Platz stattfinden.

Für die Demonstration wurde eine breite Basis gefunden. Die Zusage, zur Demonstration aufzurufen und sich an ihr zu beteiligen, gaben Vertreter folgender Verbände ab: AStA der FU und der TU, Falken, FDJ Westberlin, Initiativ Ausschuß zur Vorbereitung einer revolutionären Jugendorganisation, Jüdischer Aktionskreis, Jungdemokraten, Kampagne für Demokratie und Abrüstung, Republikanischer Club, SDS, SED Westberlin, VVN. Auf der Schlußkundgebung sollen Redner verschiedener Gruppen sprechen. Der ursprüngliche Vorschlag, nur Redner des Republikanischen Clubs, des SDS, der SED Westberlin und der Veranstaltungsleitung sprechen zu lassen, soll noch ergänzt werden.

FALL HARNDT: ASTA DER FU FORDERT KLARHEIT

Die Samstag-Veröffentlichung der Dokumente über Harndts SA-Vergangenheit hat dem Rektor der FU offenbar die Sprache verschlagen: Bis Dienstag nahm er keine Stellung dazu. Am Montag hat die Studentenvertretung der FU an Prof. Dr. Harndt einen Brief geschrieben, in dem es heißt: "Der Berliner EXTRA-Dienst hat in seiner Ausgabe vom 7. Dezember Dokumente veröffentlicht, die den von Ihnen in Ihrem offenen Brief gemachten Angaben offensichtlich widersprechen. Wir fragen Ew. Magnifizenz darum: 1. Können Ew. Magnifizenz die im EXTRA-Dienst publizierten Dokumente als die von Ihnen seinerzeit unterschriebenen identifizieren? 2. Wenn ja, wann werden Ew. Magnifizenz aufgrund der vorliegenden schwerwiegenden Beschuldigungen gegen Ew. Magnifizenz zurücktreten?"

## INTERZONENHANDEL: KEIN POLITISCHER PREIS DER DDR

Die DDR wird keinen "politischen Preis" für das Bonner Entgegenkommen im Interzonenhandel zahlen. Seit Abschluß der neuen Handelsvereinbarungen zwischen Bundesrepublik und DDR geben sich politische Stellen in Ostberlin Mühe, diesbezügliche Erwartungen im Westen zu dämpfen. Der Interzonenhandel sei eine rein geschäftliche Angelegenheit.

Damit versucht die DDR-Politik Vermutungen entgegenzutreten, ihr Stillhalten während des CDU-Parteitages in Westberlin sei eine Folge kommerzieller Angebote Bonns gewesen. In offenkundiger Übereinstimmung mit dieser Linie äußerte sich auch das Blatt der Westberliner SED und wies die Erwartungen des Regierenden Bürgermeisters Schütz zurück, der die Ausgabe von Passierscheinen für Weihnachten an Westberliner Besucher des Ostteils der Stadt noch für möglich erklärt hatte.

Zu dem Verdacht, daß Bundesregierung und Senat für finanzielle Regulierungen und Handelserleichterungen politisches Entgegenkommen erwarten, kommt Ostberlin nicht unbegründet: Wie vertraulich bekannt wird, soll bei den abgeschlossenen Interzonenhandelsgesprächen von westdeutscher Seite angeboten worden sein, daß die Minister Schiller und Sölle der Unterzeichnung des neuen Abkommens beiwohnen. Dieses Angebot sei jedoch von den Ostberliner Unterhändlern abgelehnt worden: Die DDR-Regierung sei gegenwärtig nicht an gesamtdeutschen Ministertreffen interessiert.

Diese Initiative Bonns soll vor allem im sogenannten Staatssekretärausschuß ergriffen worden sein, noch bevor das Bundeskabinett darüber beschlossen habe. Der Ausschuß habe vordringen wollen, um eventuellen Widerstand seitens einiger CDU- und CSU Minister durch vollendete Tatsachen zu überwinden. Die ablehnende Haltung Ostberlins habe nun in diesem Gremium Resignation erzeugt.

Den letzten Angeboten an Ostberlin waren seit dem Sommer Bemühungen des Westberliner Senats vorausgegangen, durch finanzielles Einlenken eine politische Aufweichung der SED-Seite vorzubereiten. So sei bereits im Juni eine erhebliche Zahlung überfälliger Abwässergebühren zu einem für beide Seiten annehmbaren Preis erfolgt, nachdem sich der Senat in Übereinstimmung mit Bonn jahrelang geweigert hatte, diese östlichen Dienstleistungen zu bezahlen.

## KINDERLÄDEN: VOM SENATOR "POSITIV BEURTEILT"

Die anti-autoritären Kinderläden, von Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition aus eigener Initiative errichtet, werden vom Westberliner Senator für Familie, Jugend und Sport, Horst Korber, positiv beurteilt. Offenbar hat sich Korber entschlossen, die Kinderläden auch materiell zu unterstützen - eine Forderung, die der Zentralrat der Kinderläden mehrfach erhoben hatte. Korber äußerte, daß die Kinderläden familienpolitischen Modellcharakter besitzen. Ein Schreiben an die Bezirksämter hat diese zu einer grundsätzlichen Förderung der laufenden und noch einzurichtenden Projekte angewiesen. Der Senator hat verschiedene Unterstützungsarten vorgeschlagen, die der Zentralrat der Kinderläden noch vor Weihnachten diskutieren wird, so daß schon Anfang Januar Mittel zur Verfügung stehen könnten. Der Zentralrat wird auch diskutieren, inwieweit Senatsfachleute an der "inhaltlichen Arbeit" der Kinderläden beteiligt werden können; der Senator hatte in einem Gespräch mit Zentralratsbeauftragten die Teilnahme von Senatsbeamten an Arbeitssitzungen der Kinderläden angeregt.

## REPUBLIKANISCHER CLUB

MITTWOCH, 11. Dezember, 20 Uhr: Die Veranstaltung mit Karl Liebknechts ältestem Sohn wird auf später verschoben, da Helmut Wilhelm Liebknecht erst kurz vor Weihnachten nach Westberlin kommt.

DONNERSTAG, 12. Dezember, 20 Uhr: Jour fixe für die Entwicklung strategischer Konzeptionen aus den Reihen der Mitglieder und Diskussion der Sonnabend-Demonstration.

FREITAG, 13. Dezember, 20 Uhr: Die Mitbestimmungsveranstaltung wird wegen des TU-teach-ins auf später verschoben.

SONNTAG, 15. Dezember, 20 Uhr: Podiumsveranstaltung über "Ziele der AUD und ihre Stellung zur APO".

=====

TERMINE

MITTWOCH, 11. Dezember, 9 Uhr: Berufungsverhandlung gegen Peter Brandt wegen "Auflaufs" in der Meinekestraße und bei der Teufeldemonstration Moabit, Landgericht Moabit, Saal 101; Fortsetzung Freitag, 13. Dezember, 9 Uhr, ebenfalls Saal 101.

DONNERSTAG, 12. Dezember, 19 Uhr: "Geschlechtsleben im Jugendalter", es referiert und diskutiert der Diplomspsychologe Helmut Kentler, Jugendfreizeitheim Naunynstr. 63.

FREITAG, 13. Dezember, 9 Uhr: Verhandlung gegen den Dutschke-Attentäter Bachmann vor dem Schwurgericht Moabit, Saal 700; Fortsetzung Dienstag, 17. Dezember und Freitag, 20. Dezember, jeweils 9 Uhr, jeweils Saal 700.

FREITAG, 13. Dezember, 20 Uhr: "Mitbestimmung oder Arbeiterkontrolle", Prisma, Kurt-Schumacher-Platz. In einer Veranstaltung der Basisgruppe Reinickendorf und des Sozialistischen Clubs Berliner Norden diskutieren ein Sekretär der IG Metall, Vertreter der Arbeiterschaft und des Initiativ Ausschusses für eine revolutionäre Jugendorganisation.

FREITAG, 13. Dezember, 20 Uhr: "Das Kulturzentrum Berlin - Idee und Wirklichkeit", es referiert Roland H. Wiegenstein in der Amerika-Gedenkbibliothek (diese Veranstaltung war ursprünglich für den 13. 11. angekündigt worden).

FREITAG, 13. Dezember, 20 Uhr: Teach-in im Audimax der TU zur Kampfdemonstration am Sonnabend.

=====

EXTRA-MEINUNG

SOGENANNT E ÖFFENTLICHKEIT / VON CARL L. GUGGOMOS

Für eine Woche soll, wie dem "Tagesspiegel" zu entnehmen ist, "Öffentlichkeit in der Strafanstalt Tegel" herrschen. Westberlins Justizsenator Hoppe will seinen und seiner Beamten Kopf aus der Schlinge ziehen und zu diesem Zweck Journalisten ohne Beaufsichtigung eine Woche quer durch Tegel schweifen und sogar dort übernachten lassen. Nur: Der EXTRA-Dienst ist ausdrücklich von dieser Einladung ausgenommen. Zur Begründung gibt Hoppe an, daß gegenseitige Strafanzeigen zwischen EXTRA-Dienst und Strafvollzug laufen.

Die sogenannte Tegeler Öffentlichkeit findet also ohne jene statt, die die Öffentlichkeit erst auf die Zustände in Tegel aufmerksam gemacht haben. Und sie findet nach einer wohl abgemessenen Zeit statt, die dazu genutzt wurde, die größten Mißstände in Tegel zu beseitigen.

Die empfindsamen Naturen des Westberliner Strafvollzugs, die bei unseren Vorwürfen das Grausen bekamen, haben inzwischen scheinbar zugeben müssen, daß der EXTRA-Dienst nicht schief gewickelt war, als er seine Reports schrieb. Schon vor einigen Wochen wurde "ein Fall von Vergewaltigung" zugegeben. Am Montag dieser Woche stand dann weiteres in der "Welt": "Nicht bestritten" wird das Beikochen von Papier, Nägeln und Holzsplitter in Tegels Küche. "Unbestritten" bleiben die Vorwürfe gegen die hygienischen Zustände in Tegels Küche - daß es beispielsweise nur einen Eimer Wasser für die Reinigung der dort Tätigen gibt und daß die durchgeschwitzte Wäsche nicht gewechselt wird. Unbestritten bleiben die skandalösen Arbeitsbedingungen. Zugegeben wird das Vorhandensein von Schaben. Nur die von uns genannte Zahl von 100 tanzenden Tegeler Mäusen mochten die Strafvollzügler noch nicht zugeben. Vorsichtig wird allerdings formuliert, daß man von einer "Mäuseplage" nicht reden kann. Ab welcher Zahl plagen Mäuse Tegels Verwaltung? Ab 20, 60, 90 oder 100? Schließlich wird mitgeteilt, daß das von uns als TBC-verseucht bezeichnete Fleisch "tierärztlich freigegeben" wurde. Sollen wir vielleicht jetzt Westberlins Justiz eine schriftliche Aufforderung zugehen lassen, ihre Ermittlungen auch auf die Fleischschau auszudehnen?

Wo bei all diesen Zugeständnissen die Unverfrorenheit hergenommen wird, einen unserer Redakteure und einen unserer Informanten wegen falscher Anschuldigung belangen zu wollen, bleibt unerfindlich. Verständlich hingegen ist uns, daß die Justizvollzugsbehörden alles daran setzen, jene Häftlinge, denen die Holzsplitter im Essen und die Schaben in

der Küche noch entgangen sind, unaufgeklärt zu halten. Und so lehnen sie alle Anträge von Gefangenen ab, den EXTRA-Dienst zu beziehen, "weil das Blatt wegen seines tendenziösen Inhalts bzw. seiner entstellenden Darstellungen der Anstaltsverhältnisse geeignet ist, Sicherheit und Ordnung in der Anstalt zu gefährden" oder "die Erfüllung der der Strafanstalt übertragenen Vollzugsaufgaben nicht unerheblich zu gefährden". Hier wird die Verschleierung zur ausgeklügelten Methode.

Und selbstredend ist es, daß die Justiz bei ihrer wohl- und nachfrisierten Öffentlichkeitswoche niemand vom EXTRA-Dienst dabei haben möchte. So richtet sich diese sogenannte Öffentlichkeit von selbst. EXTRA-Dienst wird die tatsächliche Öffentlichkeit weiter herstellen (siehe Report in dieser Ausgabe). Wie notwendig sie ist, zeigt uns ein Brief, der uns am Wochenende erreichte: "Ich möchte nur meinen Auftrag erfüllen und die herzlichsten Grüße aus Tegel Haus III aussprechen. Die Solidarität ist groß und es wurde sehr begrüßt, daß der EXTRA-Dienst den Artikel von Martin Buchholz veröffentlicht hat. . ."

#### EXTRA-REPORT

#### "GEFANGENE WERDEN ZUM SELBSTMORD GETRIEBEN" / VON M. BUCHHOLZ

"Die Zahl der Todesfälle ist gering. In der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1967 sind 13 Gefangene gestorben, davon 7 durch Selbsttötung."

So nüchtern steht es in einem "Bericht über den Berliner Strafvollzug" vom 4. Juni 1968, für den Bürgermeister Neubauer und Senator Hoppe verantwortlich zeichnen.

Zuweilen tauchen dann auch in der Tagespresse kurze Einspalter auf: "Zuchthäusler erhängte sich in der Zelle". Hintergründe solcher Selbstmorde dringen fast nie an die Öffentlichkeit. Entlassene Gefangene berichteten jetzt über diese Hintergründe vor der ad-hoc-Gruppe Strafvollzug an der TU. EXTRA-Dienst veröffentlicht diese schweren Vorwürfe gemeinsam mit der TU-Studentenzeitung "Anrisse", die heute erscheint.

Fall Nr. 1: "Der Gefangene W. war in der Anstalt wegen einer Kopfverletzung in ständiger ärztlicher Behandlung, er war mehrmals zusammengebrochen und mußte von Gefangenen oder Beamten zur Sanitätsstation getragen werden. Sein physischer und psychischer Zustand war äußerst bedenklich. Sechs Monate vor seiner Entlassung, im Juli 1968, meldete sich W. nach einem Zusammenbruch zwischen 13 und 14 Uhr beim diensthabenden Sanitäter und verlangte wegen unterträglicher Kopfschmerzen ein Medikament, das ihm der Sanitäter verweigerte, da er am selben Tag schon ein Medikament ausgegeben habe. W. sagte darauf, daß er sich aufhängen würde, da er die Schmerzen nicht mehr aushielte. Der Sanitäter schickte ihn in seine Zelle mit der Antwort: "Dann hängen Sie sich eben auf. Nach einer halben Stunde sah der Stationswachtmeister, daß sich W. an dem in der Wand eingelassenen Betthaken stranguliert hatte."

Fall Nr. 2: Zwei Gefangene, die sich miteinander angefreundet hatten und für die diese Freundschaft der psychische Halt war, um die Gefängniszeit zu überstehen, wurden willkürlich voneinander getrennt. Einer der beiden, T., wurde in Station B IV verlegt. T. war schwer magenkrank und deshalb in ständiger Behandlung. Er hatte einen roten Punkt an seiner Zellentür und auf der Liste des wachhabenden Beamten: Wegen Selbstmordgefahr sollte er beobachtet werden: "Zwei Wochen nach der Trennung von seinem Freund bekam T. um 22 Uhr Magenkrämpfe, so daß seine Schreie das ganze Haus wachhielten. Nach einiger Zeit kam ein Wachtmeister, denn T. hatte gleich 'die Fahne geschmissen'. Da T. einen Sanitäter verlangte, hätte der Wachtmeister bei ihm bleiben müssen bis dieser da war, oder er hätte alle zehn Minuten die Zelle kontrollieren müssen (so die Vorschrift). Als endlich um drei Uhr der Sanitäter kam, fand dieser nur noch die kalte Leiche von T.: er hatte sich am Zellenfenster aufgehängt."

Fall Nr. 3: Als T's Freund, der Gefangene S., von diesem Selbstmord erfuhr, verfiel er in Depressionen und verweigerte das Essen. In seine Akten wurde eingetragen, daß er selbstmordgefährdet sei: "S. ließ sich auf eigenen Wunsch in die Todeszelle seines Freundes verlegen und erhängte sich drei Wochen später an demselben Gitterstab." Obwohl S. hätte beobachtet werden müssen, wurde seine Leiche erst morgens gefunden. Die Leichenstarre hatte schon eingesetzt.

Leben und Sterben im Gefängnis Tegel: Wir sind sicher, daß dies nicht der letzte Report zu diesem Thema war.

## JÜDISCHER AKTIONSKREIS: KAMPF DEM NEO-FASCHISMUS

Am Donnerstag letzter Woche konstituierte sich in Westberlin ein "Jüdischer Aktionskreis" (JAK), der sich den Kampf gegen Neofaschismus und Neonazismus jeder Art, nicht allein in Westberlin und der Bundesrepublik, zum Ziel gesetzt hat. Wie der Vorstand des JAK mitteilt, wird er versuchen, jene Aufgaben wahrzunehmen, die eigentlich die Jüdische Gemeinde zu erfüllen hätte. Ein Vorstandsmitglied des JAK reiste in dieser Woche nach Paris, wo am Donnerstag eine antifaschistische Kundgebung stattfinden wird. Die vorläufige Adresse des JAK, der gleichzeitig die Verbindung zur "Kiesinger-Attentäterin" Beate Klarsfeld aufrecht erhält, ist c/o EXTRA-Dienst, 1 Berlin 31, Pfalzburger Str. 20.

### SFB: LISTEN GEGEN DAS REHSE-URTEIL

Der Rehse-Freisprecher Dr. Oske weigerte sich, einer für den heutigen Mittwoch von einer Initiativgruppe von SFB-Mitarbeitern anberaumten Pressekonferenz im Kriminalgericht Moabit beizuwohnen. Begründung: Er habe genug zu diesem Urteil gesagt. Die Pressekonferenz wurde daraufhin abgesagt. - Im Rundfunk-, im Fernsehhaus und im SFB-Werbestudio im Europa-Center wurden Listen ausgelegt, auf denen sich Westberlins Bevölkerung zum Rehse-Urteil kritisch äußern soll.

### SILBERMANN-SCHULE: STREIK FÜR EINEN VERTRAUENSLEHRER

In der Wilmersdorfer Silbermann-Schule, einem Abendgymnasium für Berufstätige, ist es zu einem Konflikt um den Vertrauenslehrer gekommen. Der Direktor lehnte die Bestätigung eines von der Schülermitverwaltung gewählten Lehrers ab, da ihm dieser "zu links" sei. Die Mehrzahl der Schüler versammelte sich daraufhin während der Unterrichtszeit zu einer Vollversammlung, auf der der Schulleiter ultimativ aufgefordert wurde, ein Protokoll herauszugeben, in dem die Vorwürfe gegen den Lehrer angeblich fixiert sind.

### SCHÜLER: SOLIDARITÄT MIT ENTLASSENER LEHRERIN

Fast die gesamte Schülerschaft einer von FU-Professor Vogler geleiteten Krankengymnastik-Schule in den Kellerräumen des Krankenhauses Moabit hat in der vergangenen Woche eine Solidaritätsaktion begonnen, um die Entlassung einer jungen Lehrerin rückgängig zu machen. Die Lehrerin war gekündigt worden, weil sie auf politische Fragen ihrer Schüler antwortete und sich zur APO bekannte. Von 192 Schülern schlossen sich nur fünf ausdrücklich von dieser Aktion aus. Außerdem wurden auf einer Vollversammlung zahlreiche weitere Forderungen nach Demokratisierung und Verbesserung des Lehrbetriebes erhoben und schriftlich dem Schulleiter bekannt gemacht. Als einen Tag darauf eine zweite Vollversammlung stattfinden sollte, holte der Schulleiter die Polizei. Die Schüler räumten daraufhin das Gebäude. Insbesondere empört die Schüler, daß sie trotz des hohen Schulgeldes von monatlich hundert Mark in der Privatklinik des Professors am Kurfürstendamm 175 das Personal ersetzen müssen. Nur eine voll ausgebildete Krankenschwester arbeitet dort. Daher werden täglich 16 Schüler als "Praktikanten" für drei Stunden in die Klinik abgeordnet, die ohne Aufsicht und Anleitung pflegerische und krankengymnastische Arbeiten verrichten müssen. Auch in den Weihnachtsferien sollten Schüler jeweils einen Tag lang in der Klinik arbeiten mit dem Versprechen, dafür einen Tag vom Unterricht befreit zu sein. Die Klinik ist ständig überbelegt. Am Anfang dieser Woche waren statt der zugelassenen 21 Patienten 32 Kranke in den neun Krankenzimmern. Ein Schüler berichtet, daß man ihn sogar zur Nachtwache in die Klinik holte. Seine "Ausbildung" für den Notfall: Er mußte an einem Sandkissen lernen, wie man eine Spritze gibt. Die Schülerschaft verlangt bis Freitag eine "öffentliche präzise Stellungnahme" von ihrem Schulleiter: "Sollte die Schulleitung dieses Gespräch ablehnen, oder sollten im Gespräch keine konkreten Beschlüsse, die schriftlich festgelegt werden, zustande kommen, behält sich die Schülerschaft weitere Schritte vor." Geplant ist unter anderem, daß alle Praktikanten, auch jene, die an anderen Kliniken und Krankenhäusern arbeiten, in den Streik treten.

## ZUM FALL REHSE

Blutrichter Rehse, Beisitzer an Freislers "Volksgerichtshof", ist gestern in Moabit freigesprochen worden. Rehse hat aktiv und unmittelbar an 231 Todesurteilen mitgewirkt. Die von ihm mitgetöteten Deutschen waren überwiegend harmlose Leute. Leute, die z. B. einen Hitler-Witz erzählt hatten.

Dazu der 42jährige Moabit-Richter Dr. Oske:

+ "Es wurden keine gesetzlichen Bestimmungen verletzt. Damals ging es darum, in einer schweren Krise den Bestand des Reiches zu sichern. In Kriegs- und Krisenzeiten, in denen die Gefahr eines Zusammenbruchs besteht, wird es immer strengere Gesetze geben. Jeder Staat wird dann zu härteren Mitteln greifen müssen. Das hat auch die Bundesregierung getan und die Notstandsgesetze geschaffen."

25 Jahre nach dem Zusammenbruch der Nazi-Diktatur erlaubt sich also ein Neo-Nazi in Moabits Richterrobe, das Morden der Nazis für "Recht" zu erklären. Denn "aus der Sicht von damals"

+ müßte Freisler selbst freigesprochen werden,  
+ wären die Gasöfen in Auschwitz "legal",  
+ ist die gewaltsame Tötung von 56 Millionen Menschen in aller Welt als Folge des Nazikrieges kein Verbrechen.

Und Neo-Nazi Dr. Oske "urteilt" noch folgerichtiger:

Die Notstandsgesetze der Bundesrepublik Deutschland "legalisieren", daß diese Verbrechen wiederholt werden könnten!

Solchen Richtern sind in Moabit demokratische Demonstranten ausgeliefert. Solche Figuren verurteilen Beate Klarsfeld zu einem Jahr Gefängnis für die Kiesinger-Ohrfeige. Und dieser Nazi Oske wird in der nächsten Woche "Recht" über den Dutschke-Attentäter Bachmann sprechen.

### JETZT REICHT ES UNS !

Wir fordern die vier Siegermächte USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich auf, ihre Besatzungsrechte in Westberlin wieder unmittelbar auszuüben, um die Durchführung der Beschlüsse von Jalta und Potsdam zu sichern. Die Abkommen von Jalta und Potsdam schreiben zwingend vor, daß der Nazismus in Deutschland mit der Wurzel auszurotten ist.

Wir fordern von den Besatzungsmächten: Macht endlich Ernst damit! Stellt als erstes die Westberliner Justiz unter Besatzungs-Kuratel! Setzt Militärgerichte aus Vertretern aller vier Siegermächte ein, damit die Verfahren gegen Naziverbrecher schnell und konsequent im Geiste von Jalta und Potsdam durchgeführt werden können.

An die Außerparlamentarische Opposition der Stadt appellieren wir:

Organisiert mit allen Demokraten dieser Stadt gemeinsam in der kommenden Woche Demonstrationen und Aktionen gegen die Nazi-Richter von Moabit.

## ZITAT DER WOCHE

"Das nationalistische Spanien unter Generalissimo Franco brachte Ordnung und keine Ideologien" (aus "Tagesspiegel", 5. Dezember 1968).

## EXTRA-DOKUMENTATION

### HARTMUT LANGE: FRAGEN ZU EINER PREISVERLEIHUNG

Die Westberliner Freie Volksbühne verlieh in diesem Jahr den mit 5000 DM dotierten Gerhart-Hauptmann-Preis an Hartmut Lange und Egon Menz. Aus Angst vor Demonstrationen wurde der Preis im Hilton-Hotel praktisch unter Ausschluß der Öffentlichkeit ausgehändigt. Der Dramatiker Hartmut Lange ("Hundsprozeß" und "Herakles") stellte uns seine Widerrede nach der Preisverteilung zur Verfügung. EXTRA-Dienst dokumentiert den Text der Rede, die in Westberlin und darüber hinaus erhebliches Aufsehen erregte.

"Meine Damen und Herren, ist diese Preisverleihung an mich heute nicht grundsätzlich eine Heuchelei? Sie wissen vielleicht, daß Sie ein Stück auszeichnen, das von den Bühnen dieses Landes nicht gespielt wird, die Uraufführung an der Schaubühne am Halleschen Ufer Berlin hat ganze 1000,- Mark eingebracht, fragen Sie einmal Herrn Utzerath, ob er es wagen würde, diese beiden Einakter dem Publikum der Freien Volksbühne vorzusetzen, ich bin sicher, er würde es nicht wagen. Es ist also klipp und klar erwiesen, daß dieses Stück auf dem bürgerlichen Theatermarkt nahezu unverkäuflich ist. Jetzt wollen wir einmal feststellen, warum.

Frau Karna Niehoff schrieb in der Süddeutschen Zeitung vom 30. April dieses Jahres, ich zitiere etwa sinngemäß: Die linksintellektuelle Opposition, also auch Hartmut Lange, hätten in diesem Land nur einen gesellschaftlichen Sympathisanten: das 'gehobene (aufgeschlossen-liberale) Bürgertum', aber gerade dieses Bürgertum lehnt Lange für die Art Theater, die ihm vorschwebt, gnadenlos ab.

Ich denke, wir sollten hier grundsätzlich ein Mißverständnis ausräumen. Wir Marxisten lehnen das 'gehobene (aufgeschlossen-liberale) Bürgertum' nicht gnadenlos ab. Im Gegenteil. Jeder weiß, daß das aufgeklärte Bürgertum, besonders seit hundert Jahren, eine außerordentlich geschichtsbildende Rolle gespielt hat. Ohne Aufklärung der liberalen Bourgeoisie, wo bliebe da die Aktion des Proletariats, besonders die Aktionen in der sozialistischen Kunst von Majakowski bis Brecht? Sie sehen also, wie hoch ich den progressiven Teil der besitzenden Klasse einschätze. Der Witz ist eben nur, wir leben in Deutschland, und wir haben in Deutschland spätestens seit 1933 kein aufgeklärtes Bürgertum mehr.

Thomas Mann hat kurz vor seiner Emigration gewünscht: Deutschland möge eine Synthese eingehen zwischen neuen kommunistischen Verkehrsformen und alten aufhebbaren bürgerlichen Überbaurelikten. Was wir heute in diesem Teil Deutschlands sehen, ist die Perversion der alten kapitalistischen Verkehrsformen mit ihrem natürlichen politischen Überbau, dem Antikommunismus.

Meine Damen und Herren, der traditionelle Wunsch gewisser Kreise der deutschen Kleinbourgeoisie, liberal und aufgeklärt zu bleiben, fordert heute andere Konsequenzen als zur Zeit Gerhard Hauptmanns. Er fordert vor allem Einsichten marxistischer Art, und die will in diesem Teil Deutschlands kein Bürgerlicher leisten, einschließlich Frau Niehoff und einschließlich der Vorstand der Freien Volksbühne e. V.

Aber werden wir konkret. Der Mensch erscheint konkret erst durch seine Produktion. Was tun Sie, meine Damen und Herren? Sie repräsentieren eine Besucherorganisation, deren Ziel es ursprünglich war, das Kulturprivileg der besitzenden Klasse zu durchbrechen, die Freie Volksbühne wollte vor allem auch Arbeitern den Besuch bürgerlicher Theaterhäuser ermöglichen. In Ihrer neuen Satzung finde ich folgende Auskunft, ich zitiere wörtlich:

'Die Freie Volksbühne hat die Aufgabe, Angehörige aller Volksschichten und Altersklassen für das kulturelle Leben zu gewinnen und ihren Mitgliedern gegen möglichst geringes Entgelt künstlerisch wertvolle Veranstaltungen zu bieten. Das Ziel ist: Das Verständnis für künstlerische Leistungen zu wecken und Erlebnisfähigkeit und Urteilsver-

mögen zu steigern. Der Verein verfolgt seine Ziele nur unabhängig von politischen Parteien und Kofessionen.'

Ich erlaube mir jetzt drei bescheidene Fragen: 1.) Warum findet diese Veranstaltung unter Ausschluß Ihrer eigenen Öffentlichkeit statt, das heißt: Wo sind die Mitglieder Ihrer Organisation? 2.) Warum haben Sie seinerzeit die Schaubühne am Halleschen Ufer gegeben, die Aufführung 'Hundsprozeß/Herakles' möglichst nicht vor Abonnenten der Freien Volksbühne zu zeigen? 3.) Warum zeichnen Sie heute ein Stück aus, das sie gestern den Mitgliedern Ihrer Organisation vorenthalten haben?

Die Antwort auf diese Fragen ist, glaube ich, sehr einfach: Sie repräsentieren, entgegen Ihrem eigenen Statut, eine Besucherorganisation, deren Verständnis für künstlerische Leistung, deren Erlebnisfähigkeit, deren Urteilsvermögen einzig und allein auf den Besuch der 'Lustigen Witwe' zugeschnitten ist. Und Sie organisieren diesen Zuschnitt. Sie haben sich zum Beispiel jahrelang geweigert, Ihre Mitglieder in die Schaubühne am Halleschen Ufer zu schicken, unter Berufung auf Ihr Statut, das Ihren Mitgliedern den Konsum von Schund verbietet. Aber der Schund, der täglich im Theater des Westens zu sehen ist, war Ihnen keine Verweigerung wert. Ich erinnere mich sehr genau an die Reaktion Ihrer Besucherorganisation auf mein Stück 'Marski', das in einer intelligenten Inszenierung von Hansgünther Heyme zu sehen war. Der Affront war eindeutig. Er wurde scheinbar mobilisiert durch Antikommunismus, aber woraus bestand dieser Antikommunismus? Aus Unwissenheit, aus Vorurteilen, aus Gehässigkeit, aus Ignoranz, aus ideologischen Ressentiments. Diese Leute, durch Ihre Organisation geformt, werden auch kein Stück zur Kenntnis nehmen, das ihnen einen politischen Sachverhalt differenzierter liefert als 'Marski', sie wollen die 'Lustige Witwe'. Warum also zeichnen Sie nicht die 'Lustige Witwe' mit Ihrem Preis aus, statt 'Hundsprozeß/Herakles', dessen Reproduktion auf den westdeutschen Bühnen gerade auch durch den Antikommunismus Ihrer Besucherorganisation unmöglich gemacht wird? Das wäre wenigstens keine Heuchelei. Aber natürlich: Einen Staat, dem nur noch der Polizeiknüppel oder die 'Lustige Witwe' bleibt, den wünschen auch Sie nicht.

Ich werte also Ihre Preisverleihung an mich, meine Damen und Herren, als faulen Kompromiß. Sie wollen durch einen administrativen Akt, fast hinter verschlossenen Türen, ein Stück marxistischer Literatur integriert sehen, das sie praktisch Ihren Mitgliedern und damit den Theatermassen vorenthalten. Das ist natürlich nicht nur ein fauler Kompromiß, das ist auch handfester Betrug an Ihren Mitgliedern. Warum also nehme ich diesen Preis überhaupt an? Meine Damen und Herren, weil nicht Sie den Preis finanzieren, sondern Ihre Mitglieder, weil es nicht Ihre Autorität ist, die diesen Preis zur Auszeichnung macht, sondern die Autorität Ihrer Theaterbesucher, und weil Ihre Theaterbesucher ihren obskuren Antikommunismus nicht produzieren, er wird ihnen injiziert.

Ich denke dabei mit Schauern an den politischen Analphabetismus, der den Westberliner Theatergängern nun schon seit Jahrzehnten von Friedrich Luft, dem berühmten, gemütlichen Berliner Steckkissen, eingeredet wird. Natürlich kann Herrn Luft nicht zugemutet werden, außer über die Kunscht rund um den Kurfürstendamm, auch noch etwas über das wirkliche gesellschaftliche Leben zu wissen. Aber er hat das Ohr der Massen, genauso wie Axel Springer das Ohr der Massen hat, und also produziert er den Kunstverstand der Berliner Theatergänger, wie Herr Axel Springer den politischen Verstand der deutschen Arbeiter produziert. Und wir kennen alle Mittel dieser Produktion, weil wir den Zustand der Berliner Theatergänger kennen: Es ist die Unwissenheit, das Vorurteil, die Gehässigkeit, die Ignoranz, das politische Ressentiment.

Es hat auf Initiative von Herrn Stolzenberg, der zuletzt kommissarischer Leiter Ihres Theaterunternehmens war, Foyergespräche mit Abonnenten der Freien Volksbühne gegeben, die mich immer wieder überrascht haben. Nach anfänglichem Affront kam die sachliche Diskussion, und nach der sachlichen Diskussion war ein großer Teil Vorbehalte verschwunden, und zwar weil statt Propaganda auf beiden Seiten Information geboten wurde. Freilich reichte dieses Beispiel nicht über den nächsten Tag hinaus, da hatte das Propagandafeuer bürgerlicher Machart die Bresche längst wieder geschlossen.

Aber ich habe an diesen Abenden begriffen, daß Ihre Organisation das Proletariat unter den Theatergängern liefert, und das ist mein Publikum, und von den Groschen dieser Leute stiften Sie Ihren Preis. Was erreiche ich, wenn ich diese Preisverleihung und da-



mit ein Stückchen Kulturbetriebe boykottiere? Nichts. Der kapitalistische Kulturbetrieb, der die Massen entmündigt, herrscht in diesem Lande total, und es ist auch von links keine künstlerische Äußerung möglich ohne Einflußnahme auf den Kulturbetrieb, wenn ich die Massen erreichen will. Es kann nicht die Taktik linker Künstler sein, jede Kunstausübung überhaupt abzuschaffen, nur weil sie in bürgerlichen Händen ist. Wir würden damit das Proletariat unter den Theatergängern ein für allemal aufgeben, und was wäre damit gewonnen?

Meine Damen und Herren, Marx sagt: Die persönliche Freiheit ist in der bürgerlichen Gesellschaftsordnung doch mitunter anzutreffen, nämlich als Zufall. Ich betrachte diese Preisverleihung heute abend als einen Zufall, der mir weiterhelfen wird. Ich hoffe, daß mich die 5000.- Mark, die der heutige Abend einbringt, einige Monate über Wasser halten werden, und ich hoffe, daß Sie mit dieser Preisverleihung endlich einen Ihrer Totengräber ausgezeichnet haben."

EXTRA-DISKUSSION

#### REPUBLIKANISCHER CLUB: ÜBER DEMONSTRATION UND GEWALT

Am vergangenen Freitag stellte der Vorstand des Republikanischen Clubs Westberlin eine Erklärung zur Demonstration des 4. November vor dem Landgericht am Tegeler Weg zur Diskussion. Aus einem Tonbandmitschnitt der Diskussion veröffentlicht EXTRA-Dienst in dieser und der folgenden Ausgabe wesentliche Auszüge, wobei nur Wiederholungen weggelassen, die in freier Rede unvermeidbaren sprachlichen Unebenheiten der Authentizität wegen jedoch mitdokumentiert werden.

HUFFSCHMID: Nevermann und Kadritzke schreiben in ihrer Stellungnahme zur Club-Erklärung über die Aktion am Tegeler Weg: "Die Forderung des Vorstandes, die Aktion vom Montag sei im nachhinein als Teil des Klassenkampfes zu vermitteln, ist unsinnig. Eine Diskussion hätte ja erst zu erweisen, ob diese Aktion als Beitrag zum Klassenkampf überhaupt anzuerkennen ist." Ich finde diesen Satz sehr problematisch. Eigentlich ist er symptomatisch dafür, daß Ihr die gegenwärtige Situation aus einer Perspektive interpretiert, die möglicherweise Ostern oder noch am 1. Mai eine gültige Perspektive, eine Perspektive mit Wahrheitsgehalt war, die aber heute einfach nicht mehr anzuwenden ist. Ich meine, wir müssen uns in diesem Zusammenhang, weshalb das nicht mehr der Fall ist, einmal kurz vor Augen führen, was denn seit dem 1. Mai oder seit Ostern mit der APO passiert ist. Was die bürgerliche Presse als Verschwinden, als Tod der APO bezeichnet hat, ist zwar nicht wahr, aber es hat sich gezeigt, daß ganz bestimmte strukturelle Wandlungen mit der APO in diesen sechs Monaten vor sich gegangen sind. Strukturelle Wandlungen, die sich darin zeigen, daß wir z. B. seit dem ersten Mai eine große Massenmobilisierung, wie wir sie vorher sehr oft gehabt haben, einfach nicht mehr hingekriegt haben. Das ist, glaube ich, nicht ganz zufällig so. Die APO, die nach dem 1. Mai verschwunden sein soll, hat sich - wenigstens die Hauptkader - in eine völlig andere Art von Aktivität hineingegeben. Sie hat die Kritische Universität verlassen und hat ad-hoc-Gruppen gebildet, sie hat die Studentenverbände verlassen und hat Basisgruppen gemacht. Sie hat die großen Massenkampagnen verlassen und hat Berufsgruppen gebildet, wie das z. B. im Club der Fall ist. Wenn das aber so ist, dann ist es nicht mehr möglich, jetzt im vorhinein verbindlich zu bestimmen, was als ein Beitrag zum Klassenkampf erkannt werden kann. Und es ist noch weniger im nachhinein durch Gruppen möglich, die an einer ganz bestimmten Aktion nicht wochen- und monatelang vorbereitend tätig gewesen sind. Ich glaube, wir müssen da ganz realistisch davon ausgehen, daß die Basisgruppen heute das Gefühl haben, daß sie Klassenkampf machen, und ich meine auch mit Recht; daß, wenn sie Aktionen aus diesem Gefühl heraus machen, wir auf keinen Fall in der Weise mit Selbstkritik kommen können und sagen: Das war gar kein Klassenkampf, das war eine möglicherweise konterrevolutionäre Aktion. Die Selbstkritik ist in dem Augenblick einfach nicht möglich, wo die Leute, die Selbstkritik üben sollten, und das wären nach Eurer Forderung ja alle hier gewesen, einfach bei der Vorbereitung solcher Aktionen nicht in dem Maße beteiligt waren, wie es die Hauptaktivgruppen gewesen sind. Es kann im nachhinein jetzt höchstens darauf ankommen, eine gewisse Kritik an solchen Gruppen laut

werden zu lassen. Diese Kritik müßte aber immer im Auge behalten, daß hier Gruppen mit dem Anspruch klassenkämpferischer Aktionen und nicht rein aktionistische Gruppen gehandelt haben und daß diese Gruppen ihre Aktion zwar mehr oder minder im kleineren Kreise vorher besprochen haben, daß aber der Inhalt der Aktion, nämlich die Verteidigung gegen die Klassenjustiz, doch wochenlang vorher in Veranstaltungen inhaltlich vermittelt und vorgestellt wurde. Da kann man jetzt nicht hinkommen, wenn man an der Vorbereitung in keiner Weise beteiligt war, und sagen: Das war überhaupt kein Klassenkampf. Ich finde eine solche Kritik sehr abstrakt und eigentlich auch illegitim.

KADRITZKE: Ich glaube, daß wir zunächst zwei Aspekte trennen müssen. Nämlich den Aspekt der immanenten Selbstkritik und den Aspekt der offiziellen, der liberalen Presse gegenüber vollzogener Kritik und distanzierender Erklärungen. In diesem letzten Punkt möchte ich eine ganz klare Erklärung abgeben. Sie betrifft den SHB, dem immer wieder zu Recht vorgeworfen wird, daß er sich vorschnell nach außen hin distanziert hat. Vielleicht ist nicht bekannt, wie das zustande gekommen ist. Das war nämlich kein Vorstandsbeschuß, sondern ein ad-hoc-Beschluß jener SHB-Mitglieder, die am Montag in der TU-Diskussion selbst dabei waren und die jetzt weniger über die Aktion vor dem Landgericht entsetzt waren, die vor allem über die Diskussion am Montag so verstört waren, daß sie gar keine Möglichkeit - psychologisch gesehen - mehr sahen, hier noch etwas vorbringen zu können, was zu einer nochmaligen substantiellen Diskussion der Sache führen konnte als offiziell Stellung zu nehmen. Ich finde dieses Verfahren falsch, auch aus innerverbandlichen Gründen, und kann jetzt vorlesen, was der SHB jetzt korrigierend zu dieser Sache erklärt hat. Er hat nämlich die "Presseerklärung einiger Genossen kritisiert, die sich für den Verband ausgaben. Statt zunächst die Diskussion in der APO zu suchen, wandten sie sich an die bürgerliche Öffentlichkeit und erleichterten damit den Herrschenden, Teile der APO zu kriminalisieren". Das ist eine gute Stellungnahme, die jetzt den Fehler korrigiert, den man zunächst gemacht hatte. Damit können wir dieses Thema beiseitelegen. Eine ganz andere Sache ist es aber, wenn Jörg Huffs Schmid uns über die Ablehnung nicht immanenter Kritik hinaus einreden will, daß Selbstkritik - so wie wir sie alle etwa im Mai noch praktiziert haben - unmöglich sein soll, und daß Selbstkritik nur denen überlassen bleiben soll, die eine Aktion konkret mitgetragen haben. Ich möchte darauf hinweisen, daß ein solches Prinzip besonders problematisch ist, wenn jetzt als Aktionsform gerade das Arbeiten in kleinen, konspirativen Gruppen kreierte worden ist, die mit Berufung auf die schon aus polizeitechnischen Gründen notwendige Verschwiegenheit sagen, wir müssen in kleinen Gruppen planen, handeln und dann wieder verschwinden - etwas, was an sich durchaus Sinn hat. Gerade dann darf allerdings Selbstkritik nicht aufgegeben werden. Sonst ist einfach zuviel Solidaritätsvorschuß an Gruppen gegeben, die tatsächlich Aktionen unternehmen könnten, die von der Mehrheit der APO als konterrevolutionär angesehen werden könnten. Denken wir nur, als ein kleines Beispiel, an diesen Pferdestall, von dem überhaupt niemand weiß, ob es überhaupt ein Linker war, der ihn angezündet hat. Obwohl das niemand weiß, hat man in der TU lauthals bejubelt, daß dieser Pferdestall angezündet worden ist. Wenn in München ein Gasrohrbruch ist und ich höre das im Radio, denke ich immer, da haben wieder Freunde zugeschlagen, und nachher kann es sich rausstellen, daß das wirklich ein Gasrohrbruch ist. Es könnte aber sein, daß da inzwischen schon jemand eine Stellungnahme dazu abgegeben und das begrüßt hat im Namen der APO - das ist nicht mehr ausgeschlossen. Ich weise auf ein sehr viel konkreteres Beispiel hin, daß nämlich von Teilen des SDS das Prinzip des individuellen Psychoterrors verkündet wird, das kann man ja schon konkretisiert sehen in den Äußerungen des Genossen Pawla vor Gericht, wo er ganz klar gesagt hat, man müsse den Kindern von Richtern die Hälse durchschneiden und ihre Frauen schänden. Es ist doch eine Selbstverständlichkeit, daß sich durch eine solche Äußerung die APO nicht verpflichtet sieht. Wo kämen wir hin, wenn sich in solchen Situationen das Prinzip durchsetzen würde, daß Selbstkritik ausgeschaltet sein soll, weil man an solchen Aktionen nicht konkret teilgenommen hat und wenn man es nur denen überläßt, sich in solchen Diskussionen als revolutionär auszuweisen, die die Aktionen selbst durchgeführt haben.

S. EHRLER: Wir sollten dieses Problem weißgott nicht bagatellisieren. Wir sehen durchaus, gerade nach der TU-Veranstaltung, auch die Gefahr, daß kleine Gruppen, die übrige

gens nicht Teil des SDS sind, sondern die sich außerhalb der Gesellschaft befinden und in Kommunen leben, dort besondere Schwierigkeiten in der Vermittlung erleben und von daher zu solchen anarchistischen Aktionen kommen. Das sehen wir, aber unser Problem ist, daß wir - glaube ich - doch eine neue Qualität der politischen Arbeit erreicht haben, daß nämlich genau das nicht mehr funktioniert, daß nach stattgefundenen Aktionen nachträglich diskutiert wird über neue Strategien, sondern daß man zu einer neuen Form von Öffentlichkeit kommen muß, die von den Basisgruppen selbst auszugehen hat und von den Leuten, die in entsprechenden anderen Gruppen arbeiten, so daß der Ausgangspunkt also ein anderer werden muß: Nicht die nachträglich im wesentlichen von außen her vollzogene Kritik und Diskussion, sondern die Überlegung darüber, wie man eine neue Art von Öffentlichkeit in einer neu strukturierten APO herstellen kann und wie man dort Diskussionen vermitteln kann, die dann eine verbindlichere Strategie ermöglichen, als es zur Zeit der Fall ist. Ich glaube, daß der Lernprozeß in den Basisgruppen selbst genau in diese Richtung läuft. Unsere Kritik läßt sich aber nicht dadurch vermitteln, daß wir nun zu den Basisgruppen hingehen und ihnen das erzählen, sondern daß wir selber sozusagen Teile dieser Basisgruppen werden und mit ihnen gemeinsam diese Art von Strategie entwickeln.

NEVERMANN: Es ist völlig richtig, daß wir nicht zu den Basisgruppen hingehen können und sagen, hier haben wir den Stein der Weisen. Nur würde ich meinen, daß es innerhalb der verschiedenen Gruppierungen der APO möglich sein muß, wenn irgendwelche Aktionen stattgefunden haben, daß dann in diesen Gruppen unabhängig davon, ob man beteiligt gewesen ist, eine Kritik stattfinden können muß. Das ist einfach eine Notwendigkeit, wenn die strategische Diskussion in der APO mit einer gewissen Verbindlichkeit geführt werden soll. Was mich nun aber jenseits dieser organisatorischen Fragen interessieren würde, ist die Diskussion über die inhaltlichen Probleme, nämlich: was dafür spricht, eine positive Haltung gegenüber den Aktionen vor dem Landgericht einzunehmen. Ich möchte aber vorher noch etwas einschieben. Wenn jetzt gesagt worden ist, daß der psychische Terror nur von irgendwelchen kleinen Gruppen gemacht wird, die nicht zum SDS zählen, so ist das leider nicht richtig. Denn der SDS hat in seiner Stellungnahme im FU-Spiegel durchaus auf die Notwendigkeit und auf die Legitimität von Psychoterror hingewiesen und zwar mit der etwas merkwürdigen Argumentation, daß man damit liberale und reaktionäre Richter trennen könne und somit bessere Ausgänge der einzelnen Prozesse erreiche. Ich meine, wir müssen in unserer Diskussion Wege finden, daß solche Entwicklungen verhindert werden, die ich für außerordentlich falsch und gefährlich halte.

SCHMIDT: Meine grundsätzliche These ist, daß die Aktion vom Tegeler Weg leider unge rechtfertigt überbewertet worden ist. Das sowohl negativ wie positiv. Das begann damit, daß Semler am Mittag desselben Tages sagte, wir hätten eine neue Qualität der Militanz erreicht, und die gelte es jetzt aktiv in diesen Kampf für die künftige Strategie einzubringen. Das war das Signal für eine Fülle von unglaublich stark aufgebauchten theoretischen Überbauten zu dieser Aktion, die sie überhaupt nicht trug. Ich meine tatsächlich, daß wir das ganze Phänomen Landgerichts-Aktion auf das reduzieren sollten, was sie ihrem ganzen Ablauf nach gewesen ist. Es ist ja schon so vieles Praktische darüber geschrieben worden, wie das im einzelnen ablief, daß jedem wohl in Erinnerung ist, daß es sich im Grunde genommen wohl um zwei Phasen handelte. In der ersten Phase war tatsächlich der Angriff bei der Polizei sehr stark und aggressiv militant. Der Einsatz von Wasserwerfern erfolgte in wenigen Minuten nach dem Ansturm, der Einsatz des Tränengases auch wenige Minuten darauf, und wenige Minuten später bereits der Einsatz der berittenen Polizei. Es sind währenddessen Steine geworfen worden, schon als Antwort darauf. Aber die Aktion in dieser engen Straße hatte so eine scharfe Zuspitzung innerhalb sehr kurzer Zeit erreicht, daß sich anschließend die Aktion im Tegeler Weg wesentlich aus dieser psychischen Situation der Demonstranten erklärt, die sich eben in den Auseinandersetzungen in der Osnabrücker Straße gebildet hatte. (...) Der entscheidende Fehler in der Diskussion ist nun, daß diese gesamte Auseinandersetzung vor dem Landgericht einen solchen Stellenwert erreicht hat. Eine solche neue militante Phase ist es letztlich doch nicht. Steine sind früher auch geworfen worden, und jetzt sind sie eben vielleicht nur vermehrter gefallen. Ich billige deshalb grundsätzlich nach wie vor auch diese Aktion, ohne daß ich deshalb wesentliche Bedenken, die Kadritzke und Nevermann

formuliert haben, für gegenstandslos halte. Viele dieser Punkte sind überhaupt noch nicht berührt worden, und darüber müßte jetzt tatsächlich die Diskussion geführt werden. Welchen Stellenwert zum Beispiel ein Plakat hat "Bendas Haus in Flammen". Ich persönlich finde die Zurschaustellung eines solchen Plakates mindestens sehr problematisch, weil viele nachher auch eine Tat daraus ableiten, die andere bloß in Distanz oder Ironie oder wie auch immer beim Anblick eines solchen Plakats gespürt haben mögen. Das heißt, daß die Distanzierung oder Differenzierung bei solchen Symbolen bei Leuten mit einem bestimmten Bewußtsein erfolgt, bei anderen aber nicht erfolgt. Und wenn da keine öffentliche Distanzierung erfolgt, dann gibt es einen nahtlos kurzgeschlossenen Handlungsweg, der nicht im Sinne derer sein kann, die sich während einer solchen Situation vielleicht differenziert zustimmend verhielten. Und nun noch einen letzten Punkt: Sowohl Lehrstücktheorie wie Klassenkampfthese sind nach meiner Ansicht nicht so wesentlich zur Beurteilung dieser Aktion, weil Gruppendiskussionen, die bei einem Seminar mit Arbeitern durchgeführt wurden - die sind allerdings noch nicht ausgewertet, ich habe nur einen ersten Eindruck davon - gezeigt haben, daß die Aktion vom Tegeler Weg mäßig Eindruck gemacht hat, wenigstens bei den Arbeitern, die noch ein verhältnismäßig dichotomisches Gesellschaftsverständnis haben. Da war die Reaktion die: Wenn wir erstmal losschlagen, die Arbeiter, dann spielt sich noch ganz anderes ab. Das hat sie kaum beeindruckt, zumal die Älteren ja auch noch Erlebnisse aus der Weimarer Zeit hatten. In diesem Zusammenhang ist aber noch zu sagen, daß sie die Aktion der Studenten als eine rein studentische Aktion ansahen. Es war ihnen nicht zu vermitteln, daß sich die Justiz hier qua Staatsapparat in Gegnerschaft zu den Abhängigen befindet. Dieser Vermittlungsweg ist ihnen nicht klar. Ihre Interessen sind nur direkt vermittelbar über die Probleme am Arbeitsplatz, über die Probleme, die über den Produktionsprozeß selbst artikulierbar sind. Das ist das Fazit aus diesen Gruppendiskussionen. (...)

EHLER: In der Tat ist es so, daß die Aktion am Tegeler Weg nicht in der Form, in der sie abgelaufen ist, geplant war. Dafür gibt es auch Beweise. Es war keine Steinwurfaktion geplant, es war geplant, mit Farbeiern zu werfen, darüber wurde auch ein Film vorgeführt. In der Tat ist das Werfen von Steinen nur zu erklären aus dem Verlauf der Aktion selbst und nicht aus einer vorher gemachten Planung. Aber dennoch meine ich, müßte man auch dann, wenn die Demonstranten es vorher nicht geplant hatten, zugeben, daß mit dem gewaltsamen Widerstand eine neue Qualität erreicht worden ist. Ich meine nicht, daß man dieses Phänomen einfach herunterspielen kann. Ich meine, daß man dieses Phänomen, so gefährlich es ist, wenn man es jetzt einfach strategisch isoliert und zum Konzept künftiger Aktionen macht, daß man es dennoch als ein sozial-psychologisch emanzipatorisches Phänomen analysieren müßte. Marianne Regensburger hat dagegen erklärt, daß die Ermordung von Faschisten 1945 in den westeuropäischen Ländern überhaupt keine anderen Konsequenzen hinterlassen habe als die stille, feige Duldung der Faschisten bei uns in der Bundesrepublik. Und das, meine ich, stimmt eben nicht. Sie hat gesagt, es habe auch nichts daran geändert, daß wir dort dieselben Verhältnisse hätten wie hier. Hier liegt, meine ich, eine Verwechslung vor mit dem Wiederaufbau sozialökonomischer, kapitalistischer Strukturen; es wird nicht erkannt, daß wir in den westeuropäischen Ländern völlig unterschiedliche Klassenkampfsituationen haben als in der Bundesrepublik. Hier könnte man das von Marx geprägte Wort anführen, der davon gesprochen hat, daß eine Revolution, auch eine, die nicht erfolgreich ist, dennoch die Feigheit ganzer Generationen auslöschen kann. Ich meine, in Deutschland müßten wir schon darüber diskutieren, wo in einer ganz anderen Weise obrigkeitliche Gewalt verinnerlicht worden ist, ob nicht in ganz kleinem Raum und in einer ganz kleinen Aktion, die nur erste Ansätze zum gewaltsamen Widerstand gezeigt hat, ob nicht da diese emanzipatorischen Ansätze von Gewalt realisiert worden sind.

SÖRGEL: In unserer Erklärung schreiben wir: Ob dieser Kontext in ausreichendem Maß vor der Aktion hergestellt und einsichtig gemacht worden ist, ob die Justizkampagne unter diesem unverzichtbaren Aspekt überhaupt der richtige Ansatzpunkt ist, darüber gibt es allerdings auch bei uns geteilte Meinungen. Natürlich sind auch wir der Meinung, daß ein Betriebsratsvorsitzender, der wegen guter Behandlung der Arbeitnehmer gefeuert worden und dann vor Gericht gekommen wäre, und wenn dann Jungarbeiter zusammen mit

Studenten protestiert und dann mit Steinen geworfen hätten, daß das ein besseres Lehrstück gewesen wäre. Das wäre dann auch schon mehr gewesen als ein Lehrstück, das wäre ein direkter Klassenkampf gewesen. Nur: Wir müssen uns über die Nachdemonstrationen nach dem Tegeler Weg noch einmal genauer unterhalten, daß - wenn wir auf Jungarbeiter einreden und sagen: Paßt auf, schaut mal an, wie wir das machen; Ihr laßt Euch mit dem Begriff Sozialpartner verkackeiern und laßt Euch alles gefallen, wir gehen hin vor das Landgericht und wir solidarisieren uns mit einem Anwalt, der uns verteidigt -, daß dieses Moment, dieser Punkt überspringen könnte und daß in ähnlichen Situationen die Arbeiter das gleiche machen, das scheint mir eine Theorie, die jetzt nicht so einfach weggeschwemmt werden kann, indem man sagt: Naja, aber das war jetzt eine Aktion, die sehr schlecht vermittelt war, das ist ganz klar. Mir ist das absolut nicht klar.

SCHWENGER: Das ist doch gar nicht die Frage. Niemand kann eine andere Gruppe der APO dazu verpflichten, an Kampagnen teilzunehmen, die nicht ihre Kampagnen sind. Wollt Ihr vielleicht bestreiten, daß an dieser Aktion vor dem Landgericht viele Gruppen eben nicht teilgenommen haben? Fragt Euch doch einmal, warum alle diese Gruppen, die sich auch heute noch zur APO zählen - die sind nicht einfach zum Klassenfeind abgewandert -, vor dem Landgericht nicht mit dabei waren. Und da muß man sich doch dann fragen, liegt darin nicht eine Kritik solcher Aktionen, wie sie dort und früher stattgefunden haben? Wie, wenn diese Gruppen nicht an solchen Aktionen teilnehmen, dafür aber andere Aktionen machen? Dann können diese Gruppen das, was dort geschehen ist, doch trotzdem kritisieren, denn auch sie wollen den Klassenkampf, nur an anderem Ort und mit anderen Mitteln. Ich sage einfach, es ist ein schlechtes Argument zu verlangen, diese Gruppen müssen sich jetzt in die begeben, die dort gehandelt haben, denn diese anderen Gruppen tun ja auch noch was. Der Klassenkampf wird ja nicht nur vor dem Berliner Landgericht geführt.

WETHEKAM: (...) Ich glaube, dieser Herr geht aus von einem totalen Mißverständnis derjenigen Gruppen, die heute in der sozialistischen Opposition noch konkrete Politik machen. Was für ein Kreis von Leuten war es denn, die dort demonstriert haben? Es war eben nicht eine benennbare Gruppe, etwa der SDS oder etwa der Republikanische Club, sondern da waren sowohl FDP-Mitglieder wie SDS-Mitglieder wie LSD-Mitglieder. Und alle, die ich gesprochen habe und die an dieser Aktion teilgenommen haben, und die vorher schon konkret in Justizfragen mitgearbeitet hatten, die hatten eine unwahrscheinlich konsistente Meinung zu dieser Aktion. Es handelt sich also nicht mehr um ein Problem der herkömmlichen Gruppen, sondern um ein Problem der konkreten Arbeit innerhalb der Justizkampagne.

(Fortsetzung folgt)

#### HINWEISE DER REDAKTION

"AUS DEM LEBEN EINES DEMONSTRANTEN" heißt ein Buch, das ernstzunehmende Gedanken in nicht-ernster Form bringt, "linke Ideen in bürgerlicher Verpackung", wie Autor Volker Schröder meint. Das Buch ist im Selbstverlag erschienen und ist in den bekannten Buchhandlungen zu haben.

STUDENTEN UND DIE KIRCHE heißt eine Materialsammlung von Hermann Ringeling und Heinrich C. Rohrbach im Jugenddienst-Verlag; eine Selbstdarstellung der Evangelischen Studentengemeinden; bis 31.12.1968 gilt ein Subskriptionspreis (Jugenddienst-Verlag, 56 Wuppertal, Postfach).

BRAUNE UNIVERSITÄT, deutsche Hochschullehrer gestern und heute, von Rolf Seeliger, brachte jetzt sein 6. Heft als Dokumentation mit Stellungnahmen der Betroffenen heraus. Es ist über den Verlag Seeliger, 8 München 13, Gernotstraße 4, zu beziehen.

DER REPUBLIKANISCHE CLUB in München bittet um Bekanntgabe seiner Adresse. Er ist über 8 München, Grillparzer Straße 39 zu erreichen.

IN HEILBRONN hat sich ein Republikanischer Club konstituiert. Die Kontaktadresse ist vorläufig Werner Biereth, 71 Heilbronn, Gaswerkstraße 43.

----- anzeigen -----

ERSTE REIHE EINES EXPERIMENTAL-FILM-ZYKLUS im "Litfass", Sybelstraße 49 heute, Mittwoch, 11. Dezember, 20. 30 Uhr und 24. 00 Uhr. Unkostenbeitrag DM 1. -. -----

SCHENKEN MIT HERZ ...

Alle Jahre wieder derselbe Tagesbefehl für Heiligabend an die deutsche Konsumenten-armee. Graust Ihnen auch schon vor all den "mit Herz" geschenkten Sachen, die dann später irgendwo verstauben? Nutzloses Klimbim der Weihnachtsroutine, auf daß in den Warenhäusern süßer die Kassen nie klingeln. Freue Dich, o Christenheit!

SCHENKEN MIT HIRN ...

Das ist unser Weihnachtsvorschlag. Nicht ganz uneigennützig, zugegeben! Aber wenn Sie wollen, daß Ihren Freunden und Verwandten auch nach Heiligabend noch ab und zu ein Licht aufgeht, dann sollten Sie sich's überlegen: Schenken Sie ein EXTRA-Abo. Ein Vierteljahr kostet 15 Mark. Falls Sie ein ganzes Jahr lang EXTRA-Freude (oder -Ärger) bereiten wollen, kostet Sie das nur 50 Mark. Zehn Mark schenkt Ihnen der EXTRA-Dienst dazu. Diese "Weihnachtsgratifikation" können wir allerdings nur bis Ende Dezember gewähren - und auch nur für Leser, die schon Abonnenten sind und ein zweites Abo verschenken.

EXTRA FÜR SIE ...

hat dieser Geschenkvorschlagnoch einen anderen Vorteil: Sie brauchen erst im Januar zu zahlen (dann allerdings müssen Sie!). Im Augenblick kostet Sie das Ganze nicht einmal eine Briefmarke (falls Sie keine zur Hand haben). Und der von Ihnen genannte Wunschabonnent bekommt pünktlich ab Heiligabend den EXTRA-Dienst. Mit einem freundlichen Brief, der ihn über Geschenk und Schenker informiert.

SCHLAGT DEM CHRISTKIND EIN SCHNIPPCHEN. SCHENKT EXTRA-DIENST!

Bitte ausschneiden und im Briefumschlag  
senden an: EXTRA-Dienst GmbH  
1 Berlin 31, Pfalzburger Straße 20

Ich bestelle hiermit ein Geschenkabonnement für

Name: .....

Ort: ( ) .....

Straße: .....

gültig vom 24. 12. 1968 bis zum 31. März 1969  
(DM 15.00) -30. Juni 1969 (DM 30.00) - 31. Dezember 1969 (DM 50.00)

(Nichtzutreffendes bitte streichen)

Die Abonnementsgebühren überweise ich bis  
spätestens 20. Januar 1969 auf Ihr Konto.

Name und Adresse des Bestellers:

.....

Datum: ..... Unterschrift: .....